

Dienstag 27. Januar 2015

Nummer 655

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

In die Zukunft gedacht: Französische und deutsche Unternehmer blicken auf das Jahr 2025

Autoren: :Claire Demesmay, Barbara Kunz



Claire Demesmay und Barbara Kunz wagen sich in ihrer Studie an eine Bestandsaufnahme der ganz unterschiedlichen Visionen, welche die wirtschaftlichen Akteure auf beiden Seiten des Rheins hegen. In ganz Europa prägen derzeit Wirtschaftsfragen die öffentliche Debatte. Während die Positionen der verantwortlichen Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und anderen Intellektuellen bekannt sind und die deutsch-französischen Unterschiede klar identifiziert werden können, ist das für die Unternehmenseite weniger der Fall. Und dass, obwohl sie natürlich einen wichtigen Teil der Zivilgesellschaft darstellen und von den in der Debatte kursierenden Vorschlägen am

stärksten betroffen sind. Die deutsch-französische Studie wurde in Partnerschaft mit der DGAP realisiert.

Fortsetzung

Übersicht

Wahlen : Griechenland **Stiftung** : Editorial - Ranking **Finanzkrise** : IWF - Beschäftigung - Spanien - Portugal - Großbritannien - Forum/Davos **Kampf/Terrorismus** : EU - Frankreich - Spanien **Europäischer Rat** : Norwegen **Kommission** : Fi-compass - Landwirtschaft **Parlament** : Lebensmittel - Handel **Rat der Europäischen Union** : Zahlungsvergänge **Diplomatie** : Präsenz/Afrika - Armenien **EZB** : Quantitative Easing **Deutschland** : Ukraine - Migration **Frankreich** : Staatsbürgerschaft/Aberkennung - Notariat/EU **Ungarn** : Erinnerung **Italien** : Deutschland - Wahlgesetz **Polen** : Ukraine **Großbritannien** : Schottland **Norwegen** : Energie **Ukraine** : OSZE - Verhandlungen **Europarat** : Soziales **Eurostat** : Schulden - Defizit **Berichte / Studien** : Arbeitslosigkeit - Bildung - Folter **Kultur** : Ausstellung/München - Ausstellung/Mons - Ausstellung/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Erdrutschsieg der radikalen Linken bei den griechischen Parlamentswahlen



Die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) von Alexis Tsipras hat in einem Erdrutschsieg die Wahlen in Griechenland am 25. Januar mit 36,34% der Stimmen gewonnen und konnte die Zahl ihrer Abgeordneten verdoppeln (149, +78). Die Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) erhielt 27,81% der Stimmen und 76 Sitze (-53). Chrysi Avgi, die Partei der extremen Rechten kam auf 6,28% der Stimmen und 17 Sitze (-1), gefolgt von Potami (Der Fluss) mit 6,05%, der Kommunistischen Partei (KKE) mit 5,47% und 15 Sitzen (+3) und der Partei der unabhängigen Griechen (ANEL) mit 4,75% und 13 Sitzen (-7). Die gesamtgriechische sozialistische Bewegung (PASOK) wählten 4,68%, sie erhielt 13 Sitze (-20). Verglichen mit den vorangegangenen Wahlen vom 17. Juni 2012 war die Wahlbeteiligung diesmal beträchtlich höher: Sie stieg auf 63,87% (+ 1,38%)...

Fortsetzung

Stiftung :

Nach der Arbeit kommt das Vergnügen...



Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Stiftung Robert Schuman, lässt in einem Editorial auf seiner Internetseite die Ergebnisse der griechischen Wahlen Revue passieren. Er erinnert dabei an die Ursprünge der griechischen Krise, die dank der europäischen Solidarität bereits in das Land geflossenen Finanzhilfen und Ansprüche, die im neuen griechischen Parlament laut werden könnten...

[Fortsetzung](#)

Die Stiftung im Go to think tank 2014 Ranking



Das Ranking "Global Go-To Think Tanks 2014" der Universität Pennsylvania, das 6618 Think Tanks in 182 Ländern auflistet, ist am 22. Januar erschienen. Die Stiftung Robert Schuman wird darin als Nummer 1 der französischen Think Tanks in den Kategorien "Best Managed Think Tanks" und "Best New Idea or Paradigm Developed by a Think Tank" aufgelistet. Im internationalen Vergleich erreichte sie einen sehr respektablen 33. und 21. Platz in diesen beiden Kategorien, innerhalb Europa belegte die Stiftung Robert Schuman die Plätze 11 und 3... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Der IWF prognostiziert ein abnehmendes Wachstum für die Weltwirtschaft



Der IWF hat am 19. Januar seine Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft 2015 und 2016 veröffentlicht. Für die gesamte Weltwirtschaft erwartet der IWF nur noch ein Wachstum von 3,5% im Jahr 2015 und 3,7% im Jahr 2016. Das sind 0,3% weniger als noch bei der letzten Vorhersage. Zwar beschleunigt der niedrige Ölpreis das Wirtschaftswachstum auf dem Globus einerseits. Andererseits müssen aber negative Faktoren wie schwache Investitionen und eine geringe Inflation (Japan, Eurozone) kompensiert werden. Die Korrektur der Wachstumsprognose betrifft besonders aufstrebende Länder wie China, aber auch Russland, für das der IWF eine zwei Jahre andauernde Rezession prognostiziert. Unter den großen Wirtschaftsnationen stellt der IWF einzig den USA eine positive Wachstumsprognose für 2015 und 2016 aus...

[Fortsetzung](#)

OECD-Bericht zur Beschäftigungssituation



Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 19. Januar die Zahlen zur Beschäftigungsquote im dritten Quartal 2014 in der OECD veröffentlicht, die um 0,1% auf 65,7% angestiegen ist. In der Eurozone wuchs die Beschäftigung um 0,1% auf 64,4% an. Der stärkste Anstieg der Beschäftigungsquote in den Ländern der Eurozone wurde in Portugal (0,6), in Griechenland (0,5), in Irland (0,5) und in Deutschland (0,3) gemessen. Des Weiteren konnte die OECD eine Stabilisierung bei der Beschäftigungsrate der Jugendlichen innerhalb der OECD feststellen... [Fortsetzung](#)

Leichter Rückgang der Arbeitslosenquote in Spanien



Das Statistische Amt in Spanien hat am 22. Januar die aktuellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit für das Jahr 2014 vorgelegt. Demzufolge ist die Arbeitslosigkeit im letzten Quartal zwar leicht angestiegen (23,7% verglichen 23,67% im dritten Quartal), auf das ganze Jahr 2014 gerechnet hat sie aber von 25,73% 2013 auf 23,7% Ende 2014 abgenommen. Dieser Rückgang (im 2. Jahr in Folge) übertrifft die Erwartungen der spanischen Regierung, die mit einer Quote von 24,2 rechnete. Doch trotz dieser erfreulichen Zahlen bleibt das Arbeitslosenniveau in Spanien nach wie vor eines der höchsten in Europa...

[Fortsetzung](#)

Portugal zahlt Schulden an den IWF schrittweise und vorzeitig zurück

Portugal rechnet damit "vorzeitig" das Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen seines internationalen Rettungsplans zurückzahlen zu können - das hat Finanzministerin Maria Luis Albuquerque am 21. Januar angekündigt. Weil sich "der Zugang zu den Finanzmärkten normalisiert hat", sei Portugal in der Lage "bei seinen



europäischen Partner um Autorisierung für eine vorzeitige Rückzahlung des IWF-Darlehen zu ersuchen, so Albuquerque vor einer parlamentarischen Kommission. Portugal hatte bereits die letzte Auszahlung des Hilfspakets ausgeschlagen. Die vom IWF erhaltenen 26,9 Milliarden Euro werde man vor der Frist bereits getilgt haben. Der Betrag ist Teil des internationalen Hilfsprogramms über 78 Milliarden Euro, die seit dem Mai 2011 in das Land geflossen waren. Nach dem ursprünglichen Ablauf hätte Portugal mit einer Rückzahlung von 550 Millionen Euro an den IWF in diesem Jahr beginnen müssen und den Gesamtbetrag bis 2024 begleichen müssen... [Fortsetzung](#)

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien fällt unter 6%



In Großbritannien ist die Arbeitslosenquote auf das tiefste Niveau seit sechs Jahren gefallen und liegt jetzt unter 6%. Die Zahlen lassen sich zum größten Teil durch die massive Schaffung von neuen Stellen erklären, mit allein 700000 neu angebotenen Stellen im Jahr 2014. Am stärksten ging die Arbeitslosigkeit in London zurück, wo 91000 Personen seit 2010 eine Beschäftigung fanden. Ein Lohnanstieg wurde ebenso verzeichnet. Der Durchschnittslohn nahm demnach um 1,8% zu (2,2% im privaten Sektor). Der Minister für Arbeit und Renten verkündigte daraufhin: "Dank unseres weitsichtigen Wirtschaftsprogramms fassen die Unternehmen wieder Vertrauen in die Zukunft. Jobs wurden geschaffen und die Löhne steigen. Die Briten sind zuversichtlicher und glauben an eine Zukunft, in der ihre Arbeit gesichert ist.".. [Fortsetzung](#)

Weltwirtschaftsforum



Vom 21. bis zum 24. Januar hat in Davos das Weltwirtschaftsforum zum 45. Mal stattgefunden. Mehr als 2500 Teilnehmer aus 140 Ländern - unter ihnen 40 Staats- und Regierungschefs und 1500 Unternehmensvertreter - kamen zusammen, um über die "neuen Rahmenbedingungen weltweit" zu diskutieren. Von allen drängenden Fragen brachten die Teilnehmer drei ganz besonders zur Sprache: Sicherheit, den Klimawandel und die "wirtschaftliche Situation und ihre soziale Begleiterscheinungen". Deziidiert beschäftigte sich das Forum mit Risikofragen, namentlich geopolitischen Risiken, terroristischen Bedrohungen, Cyperrisiken und einem schwächer werdenden Wachstum der Weltwirtschaft mit seinen zahlreichen Unsicherheiten - wie einem verlangsamten Wachstum Chinas, der Entwicklung in der Eurozone und dem Ölpreis. In diesem Kontext schworen auch der französische Präsident François Hollande und der amerikanische Außenminister John Kerry die Wirtschaftsführer und die politische Elite darauf ein, die Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus nicht zu vernachlässigen. Im Zentrum standen weniger als ein Jahr vor der Pariser Klimakonferenz Ende 2015 ebenso die Diskussionen über den Klimawandel. Auf einer Podiumsdiskussion betonten sowohl UN Generalsekretär Ban Ki-moon, als auch IWF-Chefin Christine Lagarde die "absolute" Notwendigkeit in einer "kollektiven Anstrengung" gemeinsam gegen den Klimawandel - eine Herausforderung für alle "Menschen, die Politik und Wirtschaft" - zu kämpfen... [Fortsetzung](#)

Kampf/Terrorismus :

Die Kommission diskutiert eine Strategie um die Europäische Sicherheit zu stärken.



Bei der Zusammenkunft der Kommissare am 21. Januar ist eine Debatte über die Vorbereitung einer neuen europäischen Sicherheitsagenda für die Jahre 2015-2020 entflammt. Die Kommission plant eine neue "Strategie" zur Stärkung der Sicherheit und zum Schutz vor Terrorismus auf europäischer Ebene im kommenden Mai vorzulegen. In diesem Kontext verpflichtete sich die Kommission ihren Vorschlag zur Fluggastdatenspeicherung (PNR) noch einmal zu überarbeiten. Damit soll auf Bedenken des EU-Parlaments und der Mitgliedsstaaten eingegangen werden, um dann "schnellstmöglich" eine Entscheidung auf Gemeinschaftsebene treffen zu können. Die Kommission wünscht sich außerdem die EU-Außengrenzen im Rahmen der Schengen Verträge zu stärken. Ebenso bekräftigte man den Willen "beim Datenschutz voranzuschreiten" und damit "Sicherheit und individuelle Freiheiten" zu garantieren. Vize-Präsident Frans Timmermans betonte, dass die "Kommission alles ihr mögliche tun müsse um an der Seite der Mitgliedsstaaten gegen Terrorismus und für die Sicherheit der Europäischen Bürger zu kämpfen." Er hob schließlich noch hervor, wie wichtig es sei das Zusammenleben zwischen den religiösen Gemeinschaften harmonischer zu gestalten. "Toleranz, Rechtsstaat und Einhaltung

der Gesetze sind die Grundsäulen der Europäischen Integration", so Timmermans...
[Fortsetzung](#)

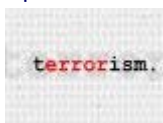
[Andere Links](#)

Manuel Valls stellt neue Maßnahmen für den Kampf gegen den Terrorismus vor



Der französische Premierminister Manuel Valls hat am 21. Januar eine Reihe von Maßnahmen bekannt gegeben, um den Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken, nachdem Anschläge das Land erschüttert hatten. Er kündigte zunächst an, 2680 zusätzliche Jobs auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung innerhalb des Innenministeriums und der Justiz schaffen zu wollen. Bestätigt wurde auch die Einrichtung einer "Zentraldatei unter richterlicher Kontrolle", in der "alle Personen die wegen terroristischer Taten verurteilt wurden oder in einem Strafverfahren derer beschuldigt werden" aufgelistet werden. Um die Radikalisierung in Gefängnissen besser bekämpfen zu können, schlug Valls spezielle Zellen für Gefangene mit islamistischem Hintergrund vor. 60 muslimische Geistliche sollen zusätzlich in den Gefängnissen eingesetzt werden. Schlussendlich ließ Valls bei besonders schweren Verbrechen eine Rückkehr zu verschärften Maßnahmen, wie einen Entzug der staatsbürgerlichen und politischen Grundrechte offen. Dass Thema solle "überparteilich" unter der Leitung der Vorsitzenden in Senat und Parlament diskutiert werden... [Fortsetzung](#)

Spanien: Sicherheitsrat tagt zur Terrorbedrohung



Der Nationale Sicherheitsrat Spaniens hat sich am 23. Januar versammelt um unter dem Vorsitz von Mariano Rajoy das Problem dschihadistischer Terroristen zu diskutieren. Das Organ versammelte sich zum ersten Mal und wird von nun an zwei mal monatlich tagen. Ziel ist es die Kapazitäten des Staates zu stärken und wirksame Initiativen ins Leben zu rufen, um Sicherheitsbedrohungen abzuwenden, aufzuspüren und effektiv darauf antworten zu können. Anlässlich seiner Zusammenkunft kündigte der Rat an, dass es die Priorität der Regierung sei für mehr Sicherheit zu sorgen, ohne dabei aber in Grundrechte und Freiheiten einzugreifen. Der Innenminister stellte beispielsweise seine nationale Strategie gegen Radikalisierung vor, die noch vom Ministerrat gebilligt werden muss... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Treffen zwischen Donald Tusk und der norwegischen Premierministerin Erna Solberg



Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, hat am 21. Januar die norwegische Premierministerin Erna Solberg getroffen. Bei dieser Gelegenheit erörterten sie die Fortschritte bei den Verhandlungen über eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Norwegen und des europäischen Wirtschaftsraums. Abgeschlossen werden sollen diese "in naher Zukunft". Beide betonten auch, wie wichtig es sei, beim nächsten Klimagipfel in Paris zu einer "juristisch verpflichtenden, ehrgeizigen und gerechten" Einigung auf internationaler Ebene zu kommen. Bezogen auf die Ukraine und Russland bekräftigten Donald Tusk und Erna Solberg, dass der "Fortbestand einer demokratischen Ukraine in unserem gemeinsamen Interesse liegt und dass es sich dabei um eine für uns fundamental wichtige Frage handelt". Schließlich verwies der EU-Ratspräsident darauf, dass Europa gegenüber Russland mit einer einheitlichen und durchdachten Politik auftreten wolle, wie der Europäische Rat bereits im Dezember bestätigt hatte... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Fi-compass, der neue Beratungsservice bei Finanzierungsfragen



Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank hat am 19. Januar den fi-compass vorgestellt, ein neues Serviceangebot für Finanzierungsmöglichkeiten. Dieser Dienst ist Teil der zentralen Beratungsplattform, die einen wichtigen Teil des Investitionsprogramms der EU darstellt. Dahinter verbirgt sich die Idee "potentiellen Investoren mit Rat und Tat beiseite zustehen, wenn diese Hilfe bei Strukturprojekten und klare Informationen zur Finanzierung von nachhaltigen Projekten benötigen.".. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Jahresbericht der Kommission zur Vergabe von Direktzahlung an Landwirte



Die Europäische Kommission hat am 23. Januar ihren jährlichen Bericht über die Verteilung der Direktzahlungen an die Landwirte durch die Mitgliedsländer im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL) veröffentlicht. Aus dem

Bericht des Jahres 2013 geht hervor, dass in 13 Mitgliedsländer (Belgien, Zypern, Estland, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei) mehr als die Hälfte der geförderten Betriebe weniger als 1250 Euro pro Betrieb erhielten, während nur in sieben Mitgliedsstaaten (Belgien, Dänemark, Tschechien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Slowenien) an mehr als ein Prozent der geförderten Betriebe mehr als 100000 Euro pro Betrieb vergeben wurden. Dem Bericht zufolge war die Durchschnittszahlung pro Betrieb 5626 Euro im Jahr 2013... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Herkunftskennzeichnung für verarbeitetes Fleisch: Ein Schritt hin zu mehr Transparenz bei Lebensmitteln.



Zahlreiche Lebensmittelskandale haben in jüngster Zeit das Vertrauen der europäischen Verbraucher erschüttert. Eine vom Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments verabschiedete Resolution drängt deshalb die EU-Kommission dazu mehrere Gesetzesvorschläge zu erarbeiten, mit denen für mehr Transparenz bei Lebensmitteln gesorgt werden soll. Geht es nach den EU-Abgeordneten, dann soll das in Lebensmittelprodukten verwendete Fleisch (etwa in Lasagnen) ein Label des Herkunftslandes tragen, wie das bereits bei Rindfleisch der Fall ist. Dass es außerdem wichtig ist, sich mit den potentiellen Auswirkungen von Lebensmittelbetrug auf die Gesundheit der europäischen Konsumenten zu beschäftigen, machten die Parlamentarier ebenso klar. Über eine Resolution zu diesem Thema soll bei der nächsten Plenarsitzung im Februar diskutiert und abgestimmt werden... [Fortsetzung](#)

Debatte über neue Empfehlungen für die TTIP-Verhandlungen



Im Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments ist es am 21. Januar zu einer Debatte über neue Empfehlungen für die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) gekommen. Bernd Lange, Vorsitzender und Berichterstatter im Ausschuss für internationalen Handel, beharrte darauf, dass die Verhandlungen transparenter und demokratischer verlaufen müssten. Auch solle man die europäischen Forderungen "positiver" herausstellen und weniger von "roten Linien" sprechen. In seinem Bericht betonte er ebenso, dass die Europäische Union das Vorsichtsprinzip insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich respektieren müsse. Bei der Liberalisierung intellektuellen Eigentums gehe es dagegen darum ein größeres Wagnis einzugehen. Kulturelle Angelegenheiten und der öffentliche Sektor seien aber nicht verhandelbar... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Kostendeckelung bei kartengebundenen Zahlungsvorgängen



Der Rat der Europäischen Union hat am 21. Januar einen Kompromiss mit dem Europäischen Parlament über eine Verordnung zur Deckelung der Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge gebilligt. Die Deckelung der Interbankenentgelte wird die Kosten für Einzelhändler und Verbraucher durch eine Harmonisierung in allen Mitgliedsstaaten senken. Ziel ist es einen einheitlichen Markt für Zahlungsvorgänge in der EU zu etablieren. Die Regelung wird den Verbrauchern außerdem helfen ihre Zahlungsmittel im vollen Wissen der Konsequenzen auszuwählen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Die EU hält an ihrer Präsenz in Afrika fest



Die Europäische Union hat am 19. Januar beschlossen eine Beratungsmission für die Streitkräfte der Zentralafrikanischen Republik ins Leben zu rufen. Damit bleibt Europa auch nach dem Abzug der EUFOR RCA Soldaten Mitte März in Bangui präsent. "Die EU-Experten werden Ratschläge zur Führung der Streitkräfte und zur Vorbereitung einer Reform" des zentralafrikanischen Militärs geben, das gab der Rat in einer Erklärung bekannt. Die europäischen Außenminister gaben auch den Startschuss für die Mission EUCAP Sahel Mali, die dem Staat Mali helfen soll eine konstitutionelle und demokratische Ordnung zu etablieren, sowie Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden zu schaffen und die Hoheit über das gesamte Staatsgebiet zu erhalten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kooperationsrat EU-Armenien

Der Kooperationsrat zwischen der EU und Armenien hat auf seiner 15.



Sitzung am 20. Januar den gemeinsamen Willen bekräftigt, den Kooperationsprozess auf alle möglichen Bereichen auszudehnen. Die EU ermunterte Armenien auch die vor kurzem angestoßenen Reformen für mehr Demokratie und Rechtsstaat, sowie im Kampf gegen Korruption, für Menschenrechte und Pressefreiheit fortzusetzen. Die EU zeigte sich ebenso glücklich darüber, dass eine Lockerung bei der Visavergabe eintreten konnte. In diesem Kontext wurde auch mit aller Entschlossenheit wiederholt, wie viel der EU an der Mobilität ihrer Bürger liege... [Fortsetzung](#)

EZB :

Die EZB übernimmt mehr als 1000 Milliarden an Euroschulden



Mario Draghi hat am 22. Januar ein weiteres "Quantitative Easing" Programm angekündigt. Zu diesem Schritt kam es, nachdem die Europäische Zentralbank bereits einen Großteil ihrer Möglichkeiten zur Inflationsbekämpfung ausgeschöpft hatte - ohne spürbare Auswirkung auf den Zinssatz, der seit September 2014 weiter 0,05% beträgt und damit quasi bei Null liegt. Die EZB wird deshalb mehr als 1000 Milliarden Euro an Schulden zurückkaufen. Von März 2015 an sollen bis zum September 2016 Vermögenswerte über 60 Milliarden pro Monat aufgekauft werden. Diese Schuldenankäufe erfolgen streng nach den Kriterien des strukturellen Anpassungsprogramms von EU und IWF. Einer vorangegangenen Entscheidung zufolge geschehen die Anleihekäufe auf dem Sekundärmarkt im Einklang mit den Europäischen Verträgen. Mario Draghi hofft mit dieser Maßnahme die Inflationsrate anheben zu können, die sich seit Oktober 2013 unter 1% befindet. Auch das erneute Abgleiten in eine Rezession soll verhindert werden, was sonst zu einem Anstieg der privaten Sparquote und einem schwerwiegenden Nachfrageeinbruch führen würde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Eskalation im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine



Die deutsche Bundeskanzlerin hat sich am 25. Januar mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in einer Telefonkonferenz besprochen. Die Kanzlerin bekräftigte dabei, dass die Einhaltung des Minsker Abkommens vom vergangenen September absolute Priorität haben müsse. Europa drängt damit auf eine diplomatische Beilegung des Konflikts. Der deutsche Außenminister Frank Walter Steinmeier erklärte, dass der Osten der Ukraine "gänzlich außer Kontrolle" geraten sei... [Fortsetzung](#)

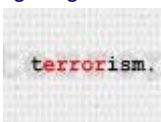
Deutscher Migrationsbericht für das Jahr 2013



Die deutsche Bundesregierung hat am 21. Januar die Ergebnisse des Migrationsberichts für das Jahr 2013 veröffentlicht. Demnach sind 2013 1,23 Millionen Personen nach Deutschland gezogen. Die Zahl ist die höchste seit 1993. Dem Bericht zufolge kommen drei Viertel der Immigranten aus anderen Europäischen Ländern. Die Mehrzahl der Europäischen Immigranten kommt aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Zwischen 2012 und 2013 ist die Zahl der Einwanderer um 12% angestiegen. Auch die Asylanträge haben im Jahr 2012 zugenommen. Damit bestätigt sich die Schlussfolgerung aus dem vorhergehenden OSZE-Bericht: Deutschland ist das Land, das am meisten Einwanderer anlockt... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Französischer Verfassungsrat erklärt die "Aberkennung der Staatsbürgerschaft" für gültig



Der französische Verfassungsrat hat am 23. Januar die Möglichkeit einer Aberkennung der Staatsbürgerschaft im Fall eines französisch-marokkanischen Mannes, der wegen Terrorismus verurteilt worden war, als rechtmäßig anerkannt. Diese Möglichkeit, wie sie der Code Civil vorsieht, sei verfassungskonform. Die Aberkennung kann aber nur in einem Zeitraum von 10 Jahren nach der Tat erfolgen und 10 Jahre nach dem Erwerb der französischen Nationalität, oder 15 Jahre im Falle von Terrorismus. Premierminister Valls schloss nicht aus, diese Maßnahme verstärkt im Kampf gegen Terrorismus einzusetzen... [Fortsetzung](#)

Der Franzose Jean Tarrade wird Präsident des Notariatsrates der EU (CNUE)

Der Notariatsrat der Europäischen Union, die Dachorganisation der 22 Notariatsverbände in der EU, hat den Franzosen Jean Tarrade zum



neuen Präsidenten gewählt. Das gab der Frankreichs oberster Notariatsrat am 21. Januar bekannt, dem Tarrade erst seit vergangenen Oktober als Nachfolger von Pierre-Luc Vogel vorstand. Die französische Präsidentschaft im EU-Notariatsrat wurde am selben Tag offiziell im französischen Außenministerium eingeleitet... [Fortsetzung](#)

Ungarn :

Erinnerung an die Befreiung des Budapester Ghettos



Der ungarische Justizminister László Trócsányi hat am 18. Januar an der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des Budapester Ghettos teilgenommen. Die ungarische Regierung ehrte die Opfer und Überlebenden in Anwesenheit von Vertretern der jüdischen Gemeinschaft und einigen Veteranen der sowjetischen Armee. Am 27. Januar folgen die Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung der Vernichtungslager und der Befreiung in Auschwitz-Birkenau. Mehrere europäische Staatschef, unter ihnen der französische Präsident François Hollande und der deutsche Präsident Joachim Gauck werden dazu erwartet... [Fortsetzung](#)

Italien :

Italienisch-Deutscher Gipfel



Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der italienische Regierungschef Matteo Renzi sind am 22. und 23. Januar in Florenz für einen deutsch-italienischen Gipfel zusammengekommen. Die deutsche Kanzlerin brachte ihr Vertrauen in den Reformplan von Matteo Renzi zum Ausdruck, den sie als "sehr ambitioniert" "sehr wichtig" und "einen langen Prozess" bezeichnete, an dessen Ende die entsprechenden Ergebnisse stehen werden. Der italienische Ministerpräsident konstatierte seinerseits, dass die letzten wirtschaftlichen Entscheidungen von EU und EZB "positive Signale" seien. Man dürfte aber nicht mit den Reformen in den verschiedenen EU-Staaten aufhören, sagte Renzi. Beide Staatsefs unterzeichneten noch ein bilaterales Abkommen vor der gemeinsamen Pressekonferenz... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Der italienische Senat diskutiert das Wahlgesetz



Der italienische Senat hat am 21. Januar einen Änderungsantrag zum Wahlgesetz (Italicum) verabschiedet. Damit ist für Matteo Renzi, dem Regierungschef, der Weg frei, in der nächsten Woche die gesamte Wahlreform zu verabschieden. Die Änderung umfasst zentrale Elemente der Reform und wurde vom Senat mit 175 gegen 110 Stimmen angenommen. Die Mandatsträger von Forza Italia, der Partei von Silvio Berlusconi, stimmten mit der Demokratischen Partei (PD) von Renzi. Zur endgültigen Abstimmung über das Wahlgesetz wird es nächste Woche kommen, anschließend wandert der Gesetzestext vor das Abgeordnetenhaus. Die Reform sieht vor die Partei, die in den jeweiligen Wahlbezirken vorne liegt, mit einer Mehrheit auszustatten. Einzige Bedingung ist, dass die Partei 40% der Stimmen auf sich vereinigen kann. Falls keine der Parteien 40% der Stimmen im ersten Wahlgang erhält, stehen sich in der zweiten Runde nur noch die beiden führenden Kandidaten gegenüber. Die Sperrminorität für Parteien im Parlament liegt bei 3% der Stimmen landesweit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Ewa Kpacz, polnische Premierministerin, auf Besuch in der Ukraine



Die polnische Premierministerin Ewa Kpacz ist am 19. Januar in die Ukraine gekommen, um sich dort mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und ihrem Amtskollegen Arsenij Jazenjuk zu treffen. Durch den Besuch konnten die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verbessert werden. Diskutiert wurde auch über Maßnahmen für eine stärkere Einbindung der Ukraine in die EU und den weiteren Rahmen für eine europäische Finanzhilfe an die Ukraine. Ewa Kpacz bekräftigte die Bereitschaft der polnischen Regierung der Ukraine eine Unterstützung über 100 Millionen Euro bereitzustellen und 500 zusätzliche Stipendien für Studenten ins Leben zu rufen. Kpacz nahm ebenso an einer Andacht auf dem Majdan teil... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Großbritannien :

Mehr Macht für Schottland



Die britische Regierung hat am 22. Januar ein Gesetzesprojekt bekannt gemacht, dass darauf abzielt, dem schottischen Parlament mehr Macht zu übertragen. Der für Schottland zuständige Minister Alistair Carmichael erklärte, es handle sich um einen dauerhaften Vertrag, der den schottischen Erwartungen nach einer gerechteren Machtverteilung begegnet. Mit dieser Neuverteilung könnte Schottland 60% seiner lokalen Ausgaben selbst kontrollieren und würde zum mächtigsten Regionalparlament der Welt werden... [Fortsetzung](#)

Norwegen :

Norwegen biete neue Rechte zur Ölförderung an



Die norwegische Regierung hat am 20. Januar neue Beteiligungsmöglichkeiten bei der Förderung von Öl im Rahmen der "Awards in Predifined Areas" 2014 ausgerufen. Die Neuvergabe von Beteiligungen richtet sich an 43 Unternehmen und betrifft 54 Förderungslizenzen in der Nordsee (34), dem Europäischen Nordmeer (16) und der Barentssee (4). 47 Bewerbungen von Unternehmen gingen bisher ein. 23 unter ihnen besitzen bereits eine Förderungslizenz... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Erklärung der OSZE zur Verschärfung der Gewalt in der Ukraine



Nach dem Bombenangriff in der ukrainischen Stadt Mariupol, bei dem rund 30 Menschen ums Leben gekommen sind, haben die OSZE-Beobachter eine Erklärung veröffentlicht. Darin heißt es, nach "einer Analyse der Schäden ist klar, dass Grad und Uragan Raketen im Nordosten, in der Oktyabr und Zaitchenko Zone, zu Einsatz kamen, die beide von den prorussischen Unabhängigkeitskämpfern kontrolliert werden". Vor diesem Hintergrund hat sich die trilaterale Kontaktgruppe (TCG), bestehend aus einem hohen Vertreter der Ukraine, Russlands und der OSZE zu einer Dringlichkeitssitzung am 24 Januar in Kiew getroffen. Die TCG hat die Verschärfung der Gewalt im Osten des Landes verurteilt, besonders in der Stadt Mariupol, die bereits zahlreiche Opfer in der zivilen Bevölkerung forderte. "Diese Gewalt stellt eine schwerwiegende Verletzung des Vertrages und Geistes des Minsker Protokolls dar", gaben die drei Parteien in einer Erklärung bekannt. Ebenso forderte der TCG ein "sofortiges Ende" der gewaltsamen Auseinandersetzung im Osten der Ukraine. Er appellierte an alle Unterzeichner des Minsker Protokolls schnellst möglich einen Waffenstillstand zu erreichen. Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU kündigte am 25. Januar außerdem an, ein außerordentliches Zusammentreffen der EU-Außenminister für den 29. Januar einberufen zu haben, "um das weitere Vorgehen im Drama von Marupol zu diskutieren"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Diplomatische Anstrengungen für eine friedliche Konfliktlösung



Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine sind am 21. Januar in Berlin zusammengekommen, um über die Krise in der Ukraine zu diskutieren. Man erreichte eine gemeinsame Schlusserklärung, wonach das Minsker Abkommen respektiert werden sollte. Das Abkommen sieht Sicherheitszonen zwischen Separatisten und Regierungstruppen in der Donbass-Region vor. Des Weiteren soll von der Demarkationslinie ausgehend ein geordneter Rückzug schwerer Waffengeschütze stattfinden. Die Minister stellten auch klar, dass es zu keinem Gipfel zwischen den Staatshäusern kommen könnte, solange keine Gefechtspause zwischen den beiden Lagern beschlossen wird, humanitäre Hilfe in die Region gelangen kann und ein Gefangenenaustausch stattfinden kann... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Europäischer Ausschuss für Soziale Rechte konstatiert 252 Verletzungen in 41 Ländern



Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte (ECSR) hat am 22. Januar seine jährlichen Schlussfolgerungen über Verstöße gegen die Europäische Sozialcharta für 2014 veröffentlicht. Die Charta ist eine Art Gegenstück zur Europäischen Menschenrechtskonvention im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. In dem Bericht werden 252 Verstöße gegen die Charta in 41 Mitgliedsländern des Europarates aufgedeckt. Der ECSR nahm 725 Schlussfolgerungen zu Artikeln der Charta an, die Arbeitsrechte betreffen: das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen (Artikel 2), das Recht auf gerechtes Arbeitsentgelt (Artikel 4), das Recht auf Freiheit zur Vereinigung (Artikel 5), das Recht auf Kollektivverhandlungen (Artikel 6), das Recht auf Unterrichtung und Anhörung im Unternehmen (Artikel 21) auch bei Massenentlassungen, das Recht auf

Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Artikel 22), das Recht auf Würde am Arbeitsplatz (Artikel 26), das Recht von Arbeitnehmervertretern im Betrieb auf Schutz gegen Benachteiligungen (Artikel 28)...

[Fortsetzung](#)

Eurostat :

Rückgang bei den öffentlichen Schulden in der Eurozone



Das öffentliche Schuldenniveau hat sich am Ende des dritten Quartals 2014 bei 92,1% des BIPs stabilisiert. Im zweiten Quartal waren es nach Berechnungen von Eurostat noch 92,7%, was einen Rückgang um 0,6 Prozentpunkte entspricht. Auch in der gesamten EU nahm die Schuldenquote verglichen mit dem BIP von 87% auf 86,6% ab. Nach einen 15 Monate andauerndem Anstieg kam es erstmals zu einem Rückgang. Im dritten Quartal des Vorjahres war das Schuldenniveau verglichen mit dem BIP in der Eurozone (von 91,1% auf 92,1%) ebenso wie in der EU (von 85,3% auf 86,6%) angestiegen. Der höchste nationale Schuldenstand wurde im dritten Quartal 2014 in Griechenland (176%), in Italien (131,8%) und in Portugal (131,4%) gemessen. Am besten schnitten demgegenüber Estland (10,5%), Luxemburg (22,9%) und Bulgarien (23,6%) ab... [Fortsetzung](#)

Rückgang des Defizits in der Eurozone und der EU



Das saisonbereinigte, öffentliche Defizit der Eurozone hat sich im dritten Quartal 2014 bei 2,3% des BIPs stabilisiert, und ist damit im Vergleich zum zweiten Quartal zurückgegangen, wo es noch bei 2,5% lag. Die Zahlen lassen sich vor dem Hintergrund steigender öffentlicher Einnahmen in der Eurozone im dritten Quartal 2014 erklären, welche auf 46,7% des BIPs anstiegen, verglichen mit 46,6% im zweiten Quartal 2014. Auch in der gesamten EU konnte das öffentliche Defizit trotz nachlassender Einnahmen wegen eines Rückgangs der öffentlichen Ausgaben zurückgefahren werden, die im dritten Quartal noch 48% des BIPs betrugen. Im vorangegangenen Quartal waren es noch 48,2%. Die Zahlen wurden am 20. Januar von Eurostat veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Nach Schätzungen der IAO 212 Millionen Arbeitslose 2019



Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat am 20. Januar ihren Jahresbericht mit dem Titel "Perspektiven für Beschäftigung und Soziales in der Welt" veröffentlicht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass es im Jahr 2019 212 Millionen Arbeitslose auf dem Planeten geben wird - das wäre ein Anstieg von 11 Millionen. Derzeit sind Jugendliche und Frauen am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Während die Weltkonjunktur in den Industrieländern (Japan, USA und einigen europäischen Staaten) wieder anziehen wird, wird sich die Situation in einigen Schwellenländern wieder verschlechtern, etwa in Lateinamerika, der Karibik, China, Russland und einigen arabischen Ländern. Auch in Subsahara-Afrika wird sich die Beschäftigungslage kaum verbessern, trotz eines Wirtschaftswachstums bis zum Jahr 2019... [Fortsetzung](#)

OECD stellt fehlende ex-post-Evaluierung von Bildungsreformen fest



Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 19. Januar in einem Bericht belegt, dass es bei zahlreichen Bildungsreformen in den OECD-Mitgliedstaaten an einer ex-post-Beurteilung mangelt. Der für Bildung und Kompetenzen zuständige OECD-Direktor, Andreas Schleicher, erklärte, dass "Erfolg und Scheitern der Bildungsreformen in Schulen zu selten gemessen werden". Die OECD beobachtete, dass - obwohl einige Reformen zwischen den Ländern konvergieren - in 13 Ländern 15% der Jugendlichen keinerlei Qualifikation besitzen. Zu diesen Ländern gehören auch Frankreich, Dänemark und Italien...

[Fortsetzung](#)

Jahresbericht des Europarates zur Folter



Das Komitee zur Verhinderung von Folter (CPT) des Europarates hat am 21. Januar seinen 24. Generalbericht veröffentlicht. Darin fordert es die 47 Mitgliedsstaaten des Europarates auf "jede Form von Einschüchterung und Repression gegen die Freiheit des Einzelnen zu bekämpfen". Wie das CPT in seinem Bericht unter Verweis auf mehrere bekannte Fälle hervorhebt, seien mehrere Personen durch öffentliche

Behörden oder in deren Auftrag eingeschüchtert und physisch bedrängt worden. In zahlreichen Europäischen Ländern, wie Armenien, Aserbaidshan, Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Moldawien, Russland, Spanien, Mazedonien und der Ukraine, kam es demnach zu derlei Vorfällen... [Fortsetzung](#)

Kultur :

August Macke und Franz Marc im Lenbachhaus in München



Anlässlich des 100. Todestages des deutschen Malers August Macke präsentiert das Lenbachhaus in München in Zusammenarbeit mit dem Bonner Kunstmuseum vom 28. Januar bis zum 3. Mai 2015 die erste Ausstellung, die die Freundschaft zwischen Macke und Franz Marc - dem zweiten großen, deutschen Expressionisten - beleuchtet. Rund 200 Gemälde, Arbeiten auf Papier, kunstgewerbliche Objekte und private Dokumente führen Leben und Werk der beiden Künstler von 1910 bis 1914 vor Augen und verdeutlichen nicht nur, wie sich Macke und Marc gegenseitig inspirierten, sondern auch, wie eng und herzlich ihre Freundschaft war. Die Ausstellung zeichnet ihre künstlerische Zusammenarbeit bis zu ihrem Tod auf dem Schlachtfeld im Ersten Weltkrieg nach... [Fortsetzung](#)

"Van Gogh in Borinage. Die Geburt eines Künstlers" in Mons



Noch bis zum 17. Mai 2015 gibt es im Museum der Schönen Künste im belgischen Mons eine Ausstellung zu "Van Gogh in Borinage. Die Geburt eines Künstlers" zu sehen. Es war während seines Aufenthaltes in Borinage (Wallonische Region), vom Dezember 1878 bis Oktober 1880, als der niederländische Maler einer Karriere als Evangelikaler abschwor, um Künstler zu werden. Die Ausstellung erlaubt es Einblicke in diese Schaffensperiode zu nehmen, die einen großen Einfluss auf Van Goghs Malerei ausübte. Während seines Aufenthaltes in Mons entwickelte er die Ideen, die sich als Grundkonstante durch sein späteres Werk ziehen. Anhand von 70 Gemälden, Zeichnungen und Originalbriefen kann man hier die verschiedenen Inspirationsquellen des Malers erkunden... [Fortsetzung](#)

Die Ausstellung "Kin" des südafrikanischen Fotografen Pieter Hugo



Die Stiftung Henri-Cartier Bresson stellt noch bis zum 26. April die Werke des südafrikanischen Fotografen Pieter Hugo aus. Anhand von Porträts, Landschafts- und Naturaufnahmen - die zum ersten Mal in Frankreich ausgestellt werden -, lädt der Fotograf zum Nachdenken über die Schwierigkeit einer Identitätsfindung im Südafrika nach der Apartheid ein. Begleitet wird die Ausstellung von einem Buch, dass Aperture zusammen mit der Stiftung Foto Colectania, Barcelona und der Galerie Stevenson, Le Cap/Johannesburg herausgibt... [Fortsetzung](#)

Agenda :



26. Januar

Brüssel
Rat "Landwirtschaft und Fischerei"
Brüssel
Zusammenkunft der Eurogruppe



26. und 27. Januar

Brüssel
Europäisches Parlament - Zusammenkunft in den Ausschüssen



27. Januar

Brüssel
Rat für Wirtschaft und Finanzen



28. Januar

Brüssel

Jan

Europäisches Parlament: Kleine Sitzung

29
Jan

29. Januar

Brüssel

Europäisches Parlament: Zusammenkunft der Ausschüsse

Brüssel

Rat für Auswärtige Angelegenheiten

1. Runde der Präsidentschaftswahlen in Italien

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly ; Guillaume Anglars, Flora Dumont,
Helen Levy, Marguerite Richelme, Noémie Rossi

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}